

Rede
zur Einbringung des
Ergebnis- und Investitionsplanes 2012 – 2015
am 13. Dezember 2011

Stadtkämmerer Werner Lütke-meier

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Damen und Herren,

die dramatische Finanzkrise ist endgültig auch in den Kommunen angekommen. Kein anderes kommunales Thema steht derzeit so sehr im Mittelpunkt wie die finanziellen Rahmenbedingungen der kommunalen Haushalte.

Schlagworte wie: „Überschuldung“, „Liquiditätsprobleme“, „Nothaushalt“, „Haushaltssicherungskonzepte“, „Kommunaler Finanzausgleich und angemessene Finanzausstattung“, „Stärkungspakt und Abundanzumlage“, „Schuldenbremse“ beherrschen in dieser Zeit die tägliche Arbeit in den Rathäusern und in der politischen Diskussion.

All das, was eine Kommune lebens- und liebenswert macht und sie von anderen Kommunen abheben soll, scheint gefährdet zu sein. Die Entscheidungsträger sehen jetzt, dass es ein „weiter so“ nicht mehr geben kann. Zu gravierend, zu rasant und ausweglos ist die Entwicklung der kommunalen Situation. Reicht es heute noch, auf „Hilfe zu warten“ oder versucht man, so lange wie möglich selbstbestimmt zu handeln und selbst aktiv zu werden?

Man kann „das Blatt drehen und wenden wie man will“, es führt aus meiner Sicht kein Weg daran vorbei, selbst zu handeln und aktiv zu werden. Das war und ist meine und ich denke auch Ihre Handlungsmaxime. Dies zeigt sich zum einen an der einstimmigen Beschlussfassung des Rates zu den von der Verwaltung vorgelegten Vorschlägen und Handlungsansätzen zur Haushaltskonsolidierung und der inzwischen angelaufenen Beratung in den Fachausschüssen. Zum anderen haben dies auch die umfassenden, sicherlich nicht einfachen Diskussionen und Arbeitsschritte zum Integrierten Handlungskonzept Dorenkamp sehr deutlich gemacht.

All unsere Bemühungen und Strategien konzentrieren sich im Grunde genommen schon seit Jahren darauf, den Weg in die Haushaltssicherung zu vermeiden und damit der Stadt Rheine die Selbstbestimmung sowie die damit verbundene weitgehende Handlungsfreiheit zu erhalten. Auch künftig sind all unsere Bemühungen hierauf ausgerichtet. Unter dieser Prämisse steht auch der Ihnen nun vorgelegte Entwurf der Haushalts- und Finanzplanung 2012 – 2015.

Die Ergebnis- und Investitionsplanung 2012 – 2015 wurde aus der bisherigen Finanzplanung entwickelt und erfolgte auf der Grundlage folgender Zielsetzungen:

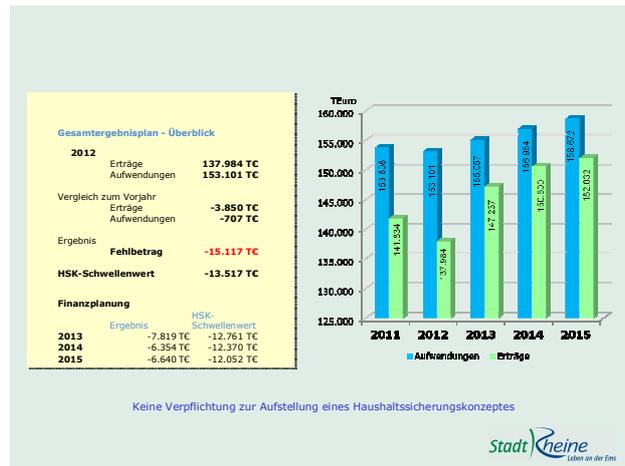
1. Reduzierung des strukturellen Defizits
2. Verhinderung eines Haushaltssicherungskonzeptes, notfalls durch weitere Anhebungen des Hebesatzes für die Grundsteuer B
3. langfristig: Abbau der Verschuldung – kurzfristig: keine Netto-Neuverschuldung
4. Budgetausweitungen im Ergebnisplan nur bei unabweisbarem Bedarf

Wir haben dabei auch die bisher vorliegenden Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung, wie Sie Ihnen mit dem heutigen 2. Umsetzungsbericht vorgelegt wurden, berücksichtigt.

Wesentliche Abweichungen zur bisherigen Finanzplanung haben wir Ihnen für die Teilergebnispläne in der Anlage 5 und für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen in der Anlage 1 der heutigen Sitzungsvorlage deutlich gemacht.

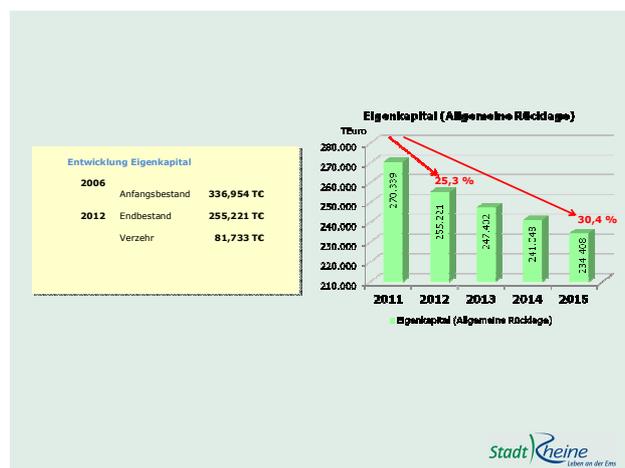
Meine Damen und Herren,

ich möchte zunächst auf den Ergebnisplan eingehen!

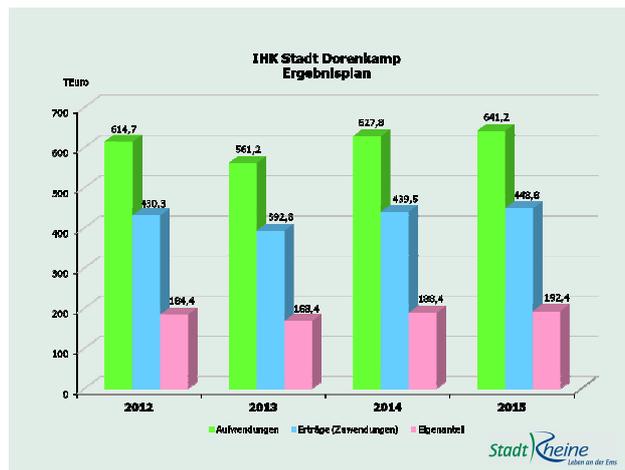


Im Ergebnisplan für 2012 sind Erträge in einer Gesamthöhe von 137,984 Mio. Euro veranschlagt; das sind gegenüber dem Vorjahr 3,850 Mio. Euro weniger. Die Aufwendungen betragen insgesamt 153,101 Mio. Euro; im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang in Höhe von 707 TEuro. Hieraus ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von 15,117 Mio. Euro. Dieser Fehlbetrag überschreitet den maßgebenden Schwellenwert für ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) von 13,517 Mio. Euro um 1,7 Mio. Euro. Auch in den Folgejahren 2013 – 2015 kann der Haushaltsausgleich nicht sichergestellt werden. Allerdings werden sich die Fehlbeträge durch die weiterhin eingeplanten einmaligen Ausschüttungen der Stadtparkasse Rheine und der Stadtwerke Rheine GmbH sowie durch die ab 2014 weiterhin unterstellte Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B voraussichtlich deutlich reduzieren und die HSK-Schwellenwerte unterschreiten. Derzeit besteht für die Stadt Rheine keine Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Für die Abdeckung des Fehlbetrages in Höhe von 1,7 Mio. Euro ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorgesehen. Damit unterliegt auch der Haushalt 2012 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

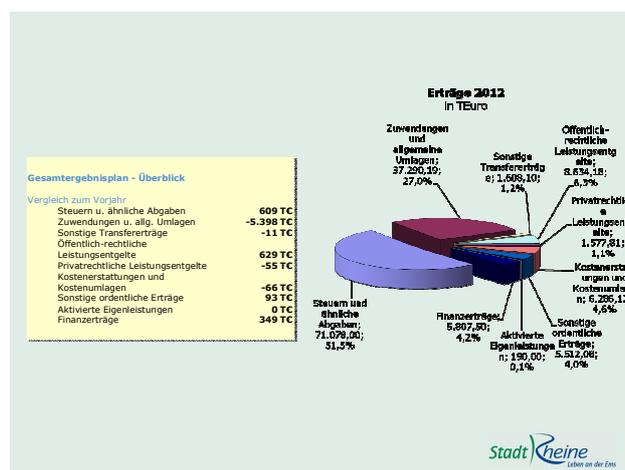


Die Abdeckung des Fehlbetrages für 2012 führt zu einem weitergehenden Verzehr des Eigenkapitals der Stadt Rheine auf 255,221 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der Vorjahre beträgt damit der seit der Umstellung des Rechnungswesens im Jahre 2006 anhaltende Vermögensverzehr bereits 81,733 Mio. Euro; das sind 25,3 % des ursprünglichen Eigenkapitals. Bis 2015 wird sich das Eigenkapital voraussichtlich um insgesamt 30,4 % auf 234,408 Mio. Euro verringert haben. Der zunehmende Eigenkapitalverzehr führt zu immer geringeren HSK-Schwellenwerten und erhöht hierdurch natürlich zunehmend die HSK-Problematik. Eine Lösung dieses Problems ist leider nicht in Sicht!

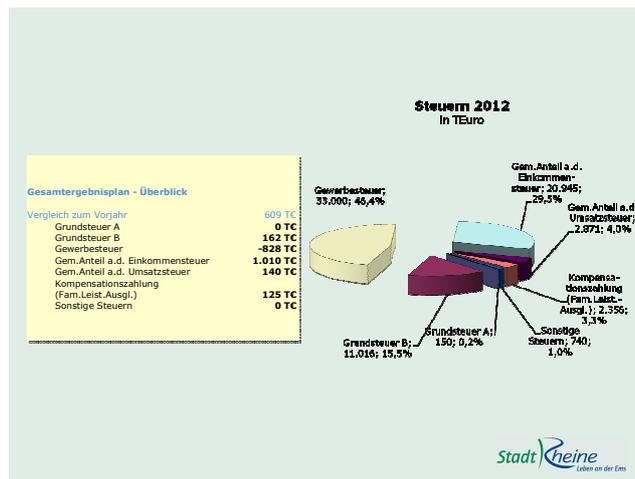


Bestandteil des Ergebnisplans ist auch das Integrierte Handlungskonzept (IHK) Dorenkamp, über das Sie heute abschließend entscheiden. Sie sehen die eingeplanten Aufwendungen und Erträge und den sich daraus ergebenden Eigenanteil entsprechend dem Ihnen vorgelegten Beschlussvorschlag zu diesem Projekt. Das IHK Dorenkamp ist im Haushaltsplan ähnlich wie die Bahnflächen als Sonderprojekt ausgewiesen.

Ich möchte Ihnen als nächstes die Ertragsseite darstellen.



Die Steuern und ähnlichen Abgaben stellen mit 71,1 Mio. Euro und 51,5 % die wesentlichste Ertragsquelle der Stadt Rheine dar. Gegenüber dem Vorjahr sind das 609 TEuro mehr. Die Erträge aus Zuwendungen als zweite wichtige Stütze des städtischen Haushalts gehen gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Mio. Euro deutlich zurück. Ursächlich ist hier im wesentlichen die Veränderung bei der Schlüsselzuweisung. Die beiden vorgenannten Ertragsarten machen 78,5 % der Gesamterträge aus. Die Verbesserung bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten resultiert aus höheren Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Dem stehen auf der Aufwandsseite allerdings auch höhere Abschreibungen gegenüber. Die höheren Finanzerträge sind auf die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossenen höheren Mindestausschüttungen der Stadtparkasse Rheine und der Stadtwerke Rheine GmbH zurückzuführen.

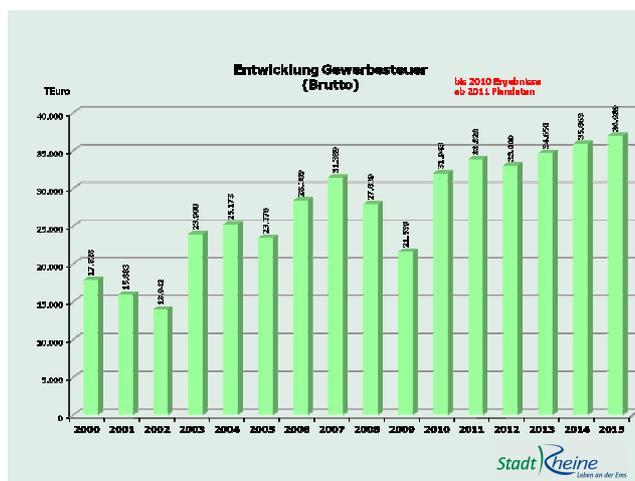


Als nächstes möchte ich Ihnen die Steuererträge im einzelnen darstellen. Die Kalkulation für die Steuererträge erfolgte auf folgender Basis: Für die Realsteuern wurden die derzeit gelten Hebesätze für die

- Grundsteuer A 210 v.H.
- Grundsteuer B 420 v.H. (ab 2014: 480 v.H.)
- Gewerbesteuer 430 v.H.

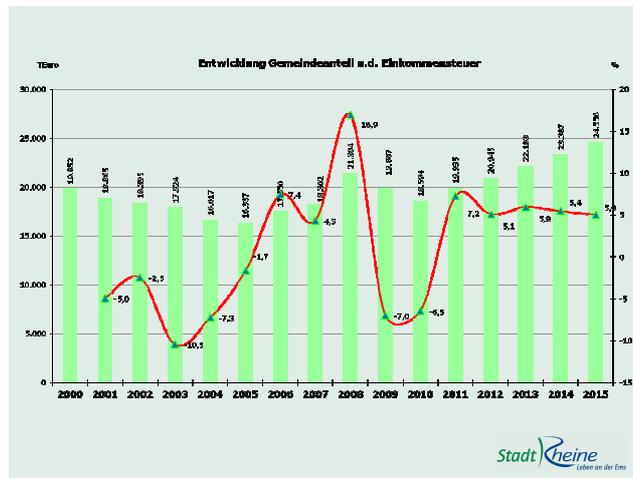
angesetzt. Dabei sind wir von dem derzeitigen Aufkommensniveau ausgegangen. Im übrigen haben wir die Ergebnisse der November-Steuerschätzung sowie die Orientierungsdaten zugrundegelegt. Bei der Gewerbesteuer sind wir aufgrund der augenblicklichen Erkenntnisse allerdings unter den Steigerungsraten der Orientierungsdaten geblieben.

Gegenüber dem Vorjahr ist nur eine leichte Zunahme bei der Grundsteuer B zu verzeichnen. Den Ansatz für die Gewerbesteuer haben wir im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. Euro reduziert, weil inzwischen ein leichter Aufkommensrückgang feststellbar ist. Gleichwohl bleibt die Gewerbesteuer mit 46,4 % weiterhin die ertragsreichste Steuerquelle der Stadt Rheine. Ein deutlicher Zuwachs von 1 Mio. Euro wird beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erwartet. Diese beiden Steuerarten machen 75,9 % des gesamten Steueraufkommens der Stadt Rheine aus. Das sind aber auch die Erträge, die ausschließlich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind! Bei den übrigen Steuererträgen sind nur leichte Zuwächse zu verzeichnen.

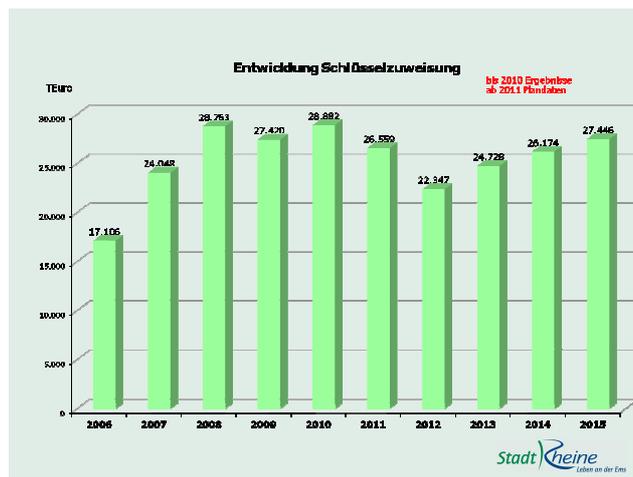


Ich möchte Ihnen mit der folgenden Grafik die Entwicklung der Gewerbesteuer im längerfristigen Vergleich darstellen. Sie sehen, dass wir aufgrund der damaligen Wirtschaftskrise einen deutlichen Ertragseinbruch im Jahr 2009 zu verzeichnen hatten, deutlich stärker als im Landesdurchschnitt. 2010 ist das Steueraufkommen allerdings sprunghaft wieder angestiegen. Diese Entwicklung war so nicht vorhersehbar und liegt sehr deutlich über

dem Landesdurchschnitt. Die Finanzplanung dokumentiert auf der eben erläuterten Basis eine kontinuierliche Ertragszunahme.



Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hatten wir gegenüber dem ausgesprochen besten Jahr 2008 in den Jahren 2009 und 2010 deutliche Ertragsrückgänge zu verzeichnen. Auch 2012 werden wir den bisherigen Höchststand von 2008 noch nicht wieder erreichen können.



Die Schlüsselzuweisung als wesentlicher Teil der eingangs dargestellten Erträge aus Zuwendungen geht gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Mio. Euro oder 15,9 % zurück. Basis ist die 1. Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2012. Mit dem GFG 2012 soll zur Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs die Umsetzung der vom ifo-Institut gemachten Vorschläge unter Beachtung der Beratungsergebnisse der ifo-Kommission erfolgen. Konkret geht es um folgende Punkte:

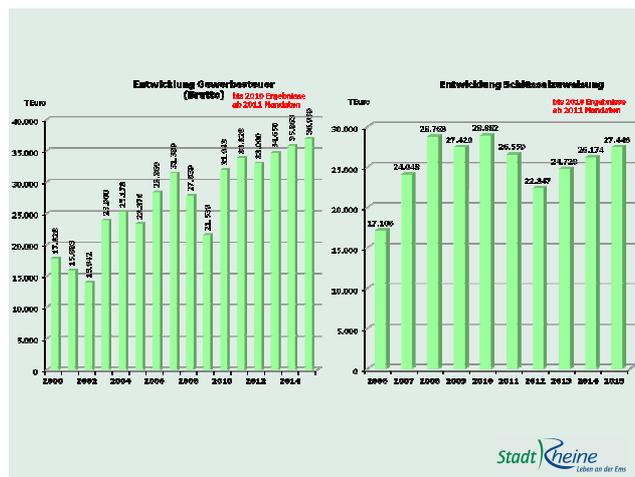
- Modifizierung der Hauptansatzstaffel auf der Grundlage der vom ifo-Gutachter empfohlenen veränderten Berechnungsmethode auf der Basis aktueller Daten
- Neueinführung eines im ifo-Gutachter vorgeschlagenen Demografiefaktors, orientiert am bayerischen Finanzausgleichssystem; künftig wird die aktuelle Einwohnerzahl mit der durchschnittlichen Einwohnerzahl der letzten 3 Jahre verglichen und bei der Berechnung des Hauptansatzes die jeweils höhere Einwohnerzahl angesetzt
- Modifizierung des Schüleransatzes auf der Grundlage der vom ifo-Gutachter empfohlenen Gewichtung nach Halbtags- und Ganztagschülern anstelle der bisherigen Differenzierung nach Schulformen; Ganztagschüler werden mit 3,33, Halbtagschüler nur mit 0,7 gewichtet

- Weitere Erhöhung des Indikators für den Soziallastenansatz von 9,6 im GFG 2011 auf 15,3; der ermittelte aktuelle Wert liegt allerdings bei 17,76
- Anhebung des Gewichtungsfaktors für den Zentralitätsansatz auf aktueller Datenbasis von 0,15 auf 0,65
- Neueinführung eines Flächenansatzes, der nach dem Vorschlag des ifo-Gutachters ausgestaltet wird

Auch wenn sich die Neueinführung eines Flächenansatzes und die Anhebung des Gewichtungsfaktors beim Zentralitätsansatz mit insgesamt 54 Mio. Euro positiv für den kreisangehörigen Raum auswirken, ergibt sich insgesamt bei Berücksichtigung aller Änderungsvorschläge eine Umverteilungswirkung bezogen auf die Festsetzungen nach dem GFG 2011 in Höhe von 100,3 Mio. Euro zu Gunsten des kreisfreien und zu Lasten des kreisangehörigen Raumes. Um die Rückgänge bei den betroffenen Gemeinden zu beschränken, wird im GFG 2012 eine einmalige Abmilderungshilfe in Höhe von 70 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

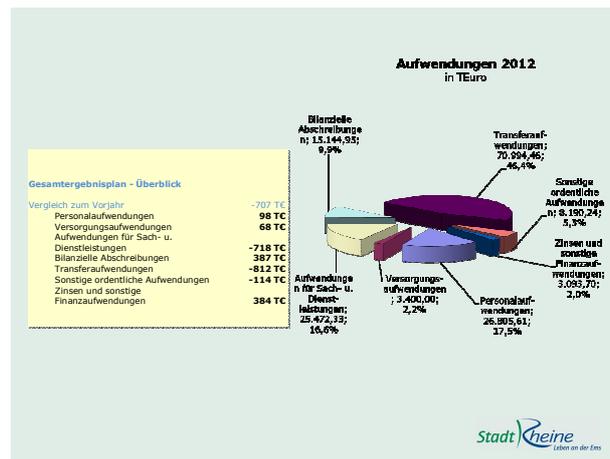
Nach der 1. Modellrechnung erhält die Stadt Rheine keine Anpassungshilfe und partizipiert auch nicht am neu eingeführten Flächenansatz.

Der deutliche Rückgang der Schlüsselzuweisung 2012 ist sicherlich teilweise auf die vor genannten gesetzlichen Veränderungen, allerdings im Wesentlichen auf die im Vergleich zum Landesdurchschnitt (+ 9,6 %) überproportionale Steigerung der Steuerkraft der Stadt Rheine (+ 20,0 %) zurückzuführen. Das ist auch an der folgenden Grafik ablesbar, wenn sie den Gewerbesteuerertrag für 2010 und die Schlüsselzuweisung für 2012 in den Blick nehmen.

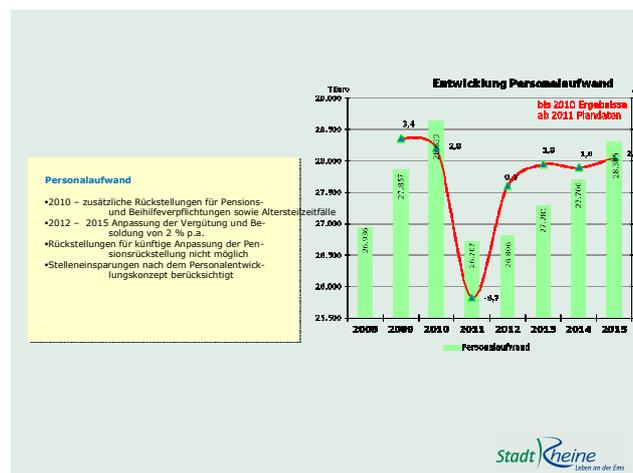


Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf den Stärkungspakt Stadtfinanzen für überschuldete Kommunen eingehen. Angesichts der katastrophalen Finanzlage der Kommunen in NRW kann die erste Stufe des Stärkungspakts Stadtfinanzen nur ein dringend notwendiger erster Schritt sein. Die bereits angedachte zweite Stufe des Stärkungspaktes muss allerdings so gestaltet werden, dass alle Kommunen in die Lage versetzt werden, ihrer Verpflichtung zur Liquiditätssicherung und zum Haushaltsausgleich nachzukommen. Dem widerspricht die Absicht des Landes, die Mittel für die weiteren Hilfen ab 2012 aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, also aus dem kommunalen Finanzausgleich zu nehmen. Davon wären dann auch wir betroffen, wo hingegen die vorher im Gespräch gewesene Umlage der abundanten Kommunen – das sind Kommunen, deren Steuerkraft so hoch ist, dass sie keine Schlüsselzuweisungen erhalten – (zunächst) gestrichen ist. Wegen der aus dem Finanzausgleich fehlenden Mittel würde die Liquiditätssituation der Kommunen noch weiter geschwächt und triebe unweigerlich weitere in die Überschuldung. Das kann nicht der richtige Weg sein. Die Kommunen sind nicht Ausfallbürge für fehlende Landes- und Bundesmittel.

Wenden wir uns nun den Aufwendungen zu.

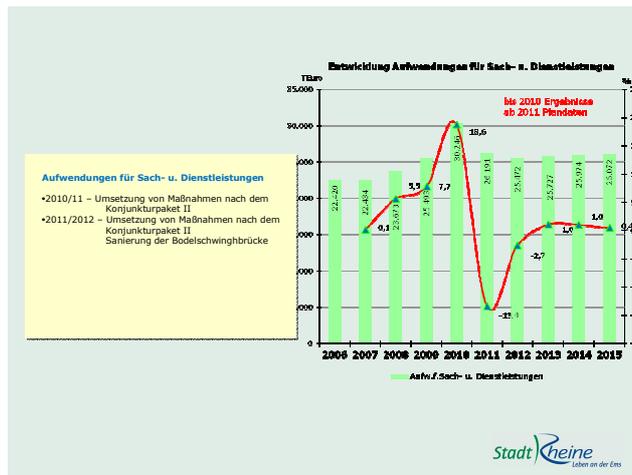


Die Aufwendungen sind im Vergleich gegenüber dem Vorjahr um 707 TEuro niedriger veranschlagt. Die Personalaufwendungen erhöhen sich im Vergleich zum Gesamtansatz des Vorjahres lediglich um 98 TEuro, obwohl auch 2012 zu erwartende tarifliche Entgelt- bzw. gesetzliche Gehaltserhöhungen mit rd. 2 % eingeplant sind. Auf die hierzu gegebenen Erläuterungen der Bürgermeisterin möchte ich verweisen. Auch die Versorgungsaufwendungen nehmen nur leicht zu. Demgegenüber gehen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 718 TEuro zurück. Das ist begründet in den 2011 noch veranschlagten Mitteln im Rahmen des Konjunkturpaktes II sowie der Sanierung der Bodelschwinghbrücke. Die bilanziellen Abschreibungen nehmen aufgrund der Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre um 387 TEuro zu. Die Transferaufwendungen stellen mit rd. 71 Mio. Euro oder 46,4 % mit deutlichem Abstand den größten Aufwandsblock dar. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist im wesentlichen auf die im Vorjahr eingeplante, aber nicht mehr erforderliche Weiterleitung der anteiligen Schlüsselzuweisung aus dem Schüleransatz für die Berufskollegs zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gehen gegenüber dem Vorjahr um 114 TEuro zurück. Demgegenüber steigen die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen um 384 TEuro. Dies ist auf die Zinsen für die voraussichtlich in 2012 erforderlichen Liquiditätskredite zurückzuführen.

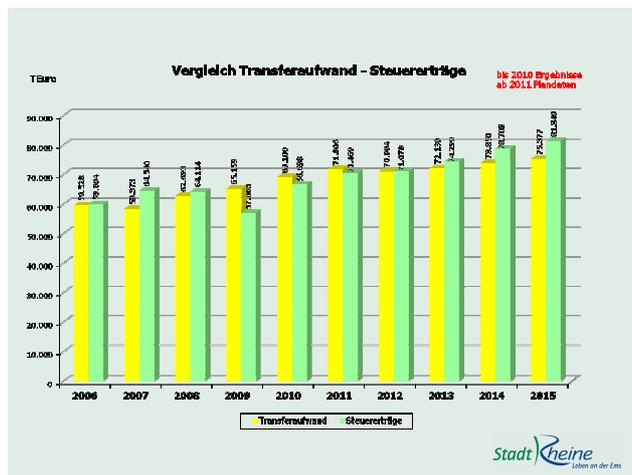


Mit der nachfolgenden Grafik möchte ich auf die Entwicklung des Personalaufwandes im längerfristigen Vergleich eingehen. Der außergewöhnliche hohe Aufwand 2010 ist begründet in zusätzlichen Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen sowie für neue Altersteilzeitfälle. Sie können hieran auch nachvollziehen, dass die künftigen Aufwandssteigerungen unterhalb der eingeplanten tariflichen und besoldungsrechtlichen Veränderungen bleiben. Allerdings möchte ich an dieser Stelle auf eine besondere Problematik hinweisen, die wir in der Planung nicht abbilden können. Und zwar geht es um erforderliche höhere Pensionsrückstellungen infolge gesetzlicher Gehaltserhöhungen. Diese machen beispielsweise durch die letzte Anpassung zusätzliche, nicht geplante, Rückstellungen im Jahr 2011 in Höhe von 2,2 Mio. Euro aus. Da die gesetzlichen Grund-

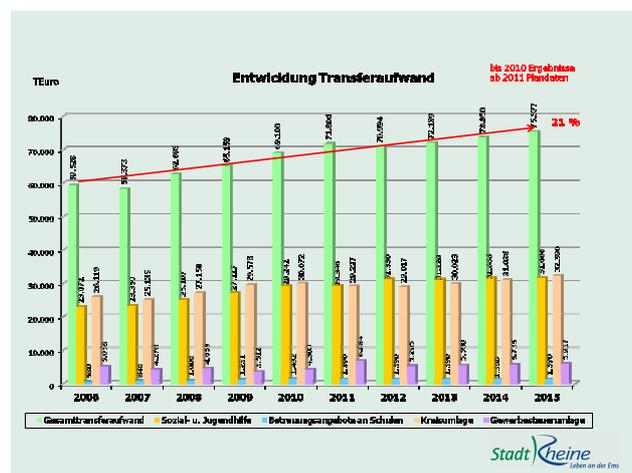
lagen im Zeitpunkt der Haushaltsplanung in der Regel noch nicht feststehen, ist die Bildung einer Rückstellung rechtlich unzulässig. Ein äußerst unbefriedigender Zustand!



Diese Grafik macht die Entwicklung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im mehrjährigen Vergleich und die sehr zurückhaltende Planung bis 2015 deutlich. Auf die Gründe bin ich eben bereits eingegangen.



Kommen wir nun zur Entwicklung der Transferaufwendungen. Auf der einen Seite haben wir Ihnen die Entwicklung des Transferaufwandes zur Entwicklung der Steuererträge dargestellt. Sie sehen, dass in einigen Perioden die Steuererträge nicht ausgereicht hätten, um die Transferaufwendungen zu decken. Eine – wie ich finde – bemerkenswerte Erkenntnis.

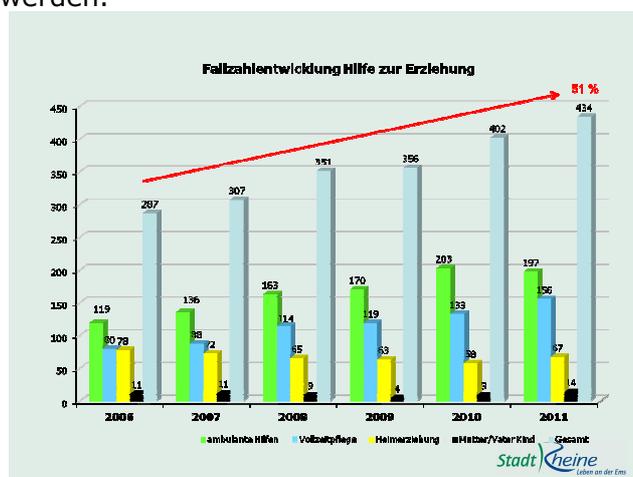


Die finanziellen Verhältnisse der Städte und Gemeinden im Kreis Steinfurt haben sich 2011 weiter verschlechtert. Ihr Eigenkapital schrumpft immer stärker. Das wird an folgender Grafik deutlich. 8 der 24 Städte und Gemeinden des Kreises Steinfurt befinden sich im Zustand des Nothaushaltsrechts, d.h. sie können kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Gerade noch 2 Kommunen haben für 2011 mit einem ausgeglichenen Haushalt geplant. Bei 18 der 24 Kommunen ist keine ausreichende Liquidität mehr vorhanden, um den laufenden Zahlungsverpflichtungen nach zu kommen, so dass Liquiditätskredite aufgenommen werden müssen. Zu diesen Kommunen gehört auch die Stadt Rheine. Die Grafik macht aber auch deutlich, dass die Situation der Kommunen im Kreis Steinfurt im Verhältnis zu den Kommunen in den anderen Kreisen des Münsterlandes deutlich negativer ist. Wir wissen, dass die übrigen Kreise des Münsterlandes ihren Kommunen über die Gestaltung des Hebesatzes zur Kreisumlage deutlich weiter entgegenkommen, als dies der Kreis Steinfurt tut.

Anhand der nächsten Grafiken möchte ich Ihnen die Entwicklung des Transferaufwandes im Jugendamt deutlich machen.

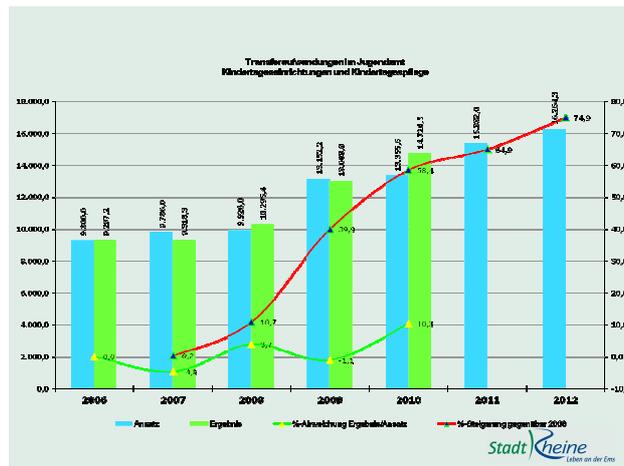


Zunächst geht es um den Produktbereich – Förderung junger Menschen und Familien. Sie können hieran erkennen, dass wir kontinuierliche Aufwandssteigerungen haben und bisher immer die Ergebnisse deutlich über den Ansatzplanungen lagen. Das wird auch in diesem Jahr 2011 so sein. Wir hatten dazu bereits im Jugendhilfeausschuss als auch im Haupt- und Finanzausschuss berichtet. Mit Sorge betrachte ich deshalb diesen Bereich. Denn wir haben für 2012, als auch für die Folgejahre, die augenblicklichen Fallzahlen und Kostenstrukturen berücksichtigt. Ich habe durchaus Zweifel, dass diese Planungsannahmen Bestand haben werden.



In der nachfolgenden Grafik wird deutlich, wo das Problem liegt: in der Fallzahlentwicklung. Andererseits wird hieran aber auch gut sichtbar, dass die konzeptionelle Steuerung durch alternative Hilfeangebote zur kostenintensiven Heimerziehung positiven Einfluss auf die Kostenentwicklung nimmt. Wir müssen in diesem Bereich unsere Anstrengungen

zur Aufwandsreduzierung deutlich verstärken. Hier ist insbesondere auch der Jugendhilfeausschuss gefordert.



Lassen Sie mich nun zum Produktbereich – Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege kommen. Sie erkennen auch hier eine sehr starke Zunahme der Aufwendungen. Allerdings blieben hier die Ergebnisse im wesentlichen im Rahmen der vorausgehenden Ansatzplanungen. Hier schlägt sich im kommenden Jahr wie auch in den folgenden Jahren der weitere U3-Ausbau nieder.

Unter Berücksichtigung der fortgeschriebenen Kindergartenbedarfsplanung wurde für den Bereich links der Ems der Bau von 2 zusätzlichen Kindertageseinrichtungen beschlossen. Diese sollen im Bereich des Wohnparks Dutum und an der Isselstraße entstehen. Beide Einrichtungen sollen jeweils 4gruppig werden und über folgende Angebotsformen/Gruppenstruktur verfügen

2 x Gruppenform I	=	12 U3-Plätze und	28 Rechtsanspruchsplätze
1 x Gruppenform II	=	10 U3-Plätze	
1 x Gruppenform III	=		25 Rechtsanspruchsplätze

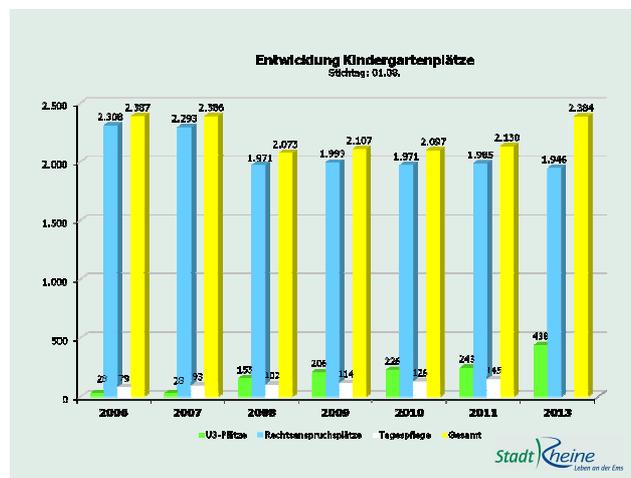
Die geschaffenen Rechtsanspruchsplätze führen dazu, dass freie Kapazitäten in den vorhandenen Einrichtungen geschaffen werden, damit dort dann auch eine U3-Betreuung erfolgen kann.



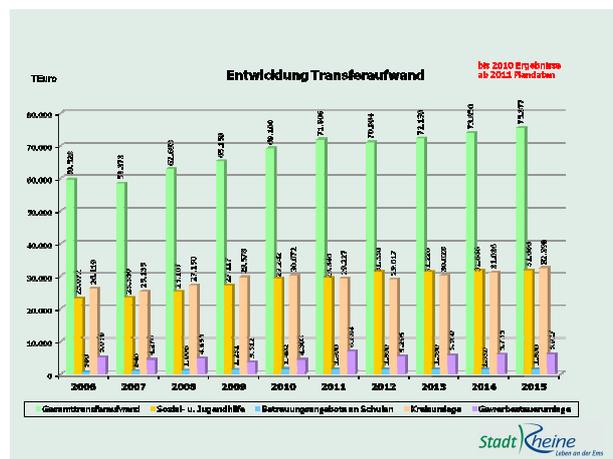
Die dafür notwendigen finanziellen Mittel haben wir im Entwurf der Ergebnis- und Investitionsplanung berücksichtigt. Im Ergebnisplan sind dies für 2012 Aufwendungen in Höhe von rd. 380 TEuro in 2012 für Sanierungsmaßnahmen und je 590 TEuro ab 2013 für Betriebskosten.



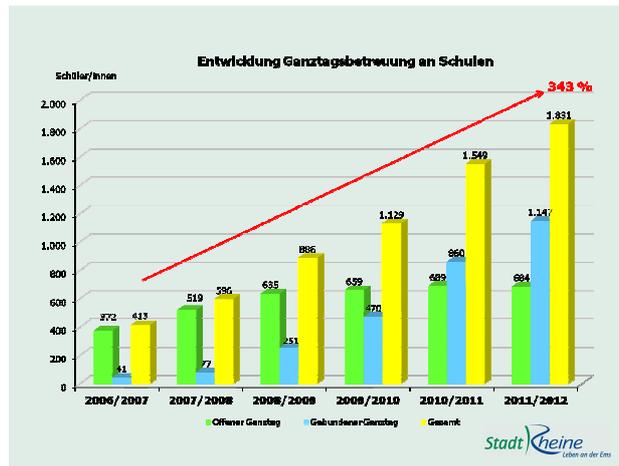
Im Investitionsplan sind für 2012 Auszahlungen von rd. 1 Mio. Euro berücksichtigt, weitere 0,5 Mio. Euro im Jahr 2013.



Damit können wir 2013 insgesamt 438 U3-Plätze anbieten und damit die 35 %ige Versorgung mit U3-Plätzen erfüllen.



Lassen Sie mich nun auf die Betreuungsangebote an den städtischen Schulen eingehen. Sie sehen, dass auch diese Angebote in den vergangenen Jahren zunehmend ausgebaut wurden. Der Transferaufwand schlägt hierfür inzwischen mit rd. 1,4 Mio. Euro p.a. zu Buche.



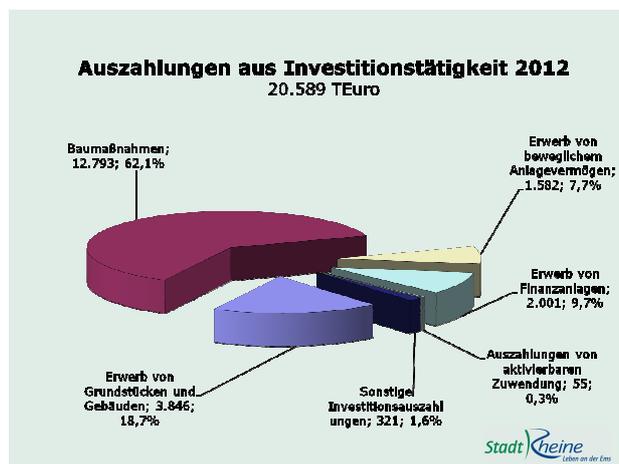
Im Schuljahr 2011/2012 gibt es an 12 Grundschulen ein offenes Ganztagsangebot für insgesamt 684 SchülerInnen. Inzwischen sind alle Hauptschulen der Stadt, die Fürstenberg-Realschule, das Kopernikusgymnasium und die Grüterschule gebundene Ganztagschulen. Insgesamt 1.147 SchülerInnen können dieses Angebot annehmen.

Meine Damen und Herren,
ich möchte nun überleiten zum Investitionsplan.

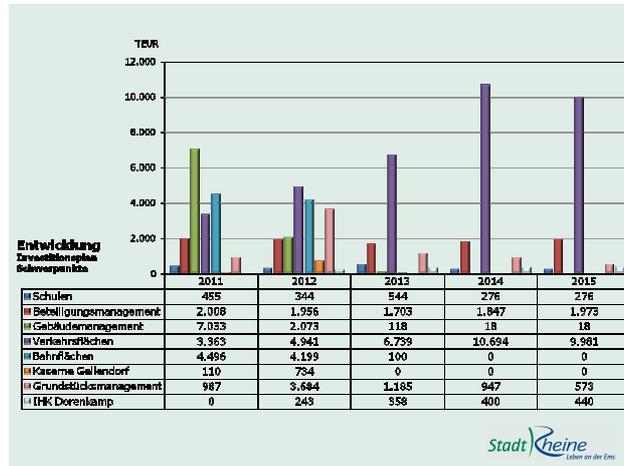


Der Investitionsplan sieht für 2012 Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 20,6 Mio. Euro und damit rd. 1 Mio. Euro mehr als im Vorjahr vor. Dem stehen Investitionseinzahlungen in Höhe von 16,9 Mio. Euro gegenüber.

Ich möchte Ihnen zunächst die Auszahlungen vorstellen.



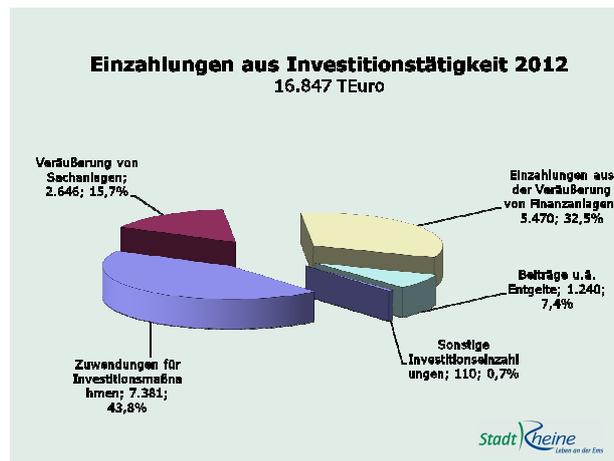
Für den Erwerb von Grundstücken sind 2012 insgesamt 3,8 Mio. Euro vorgesehen. Für Baumaßnahmen sind insgesamt 12,8 Mio. Euro vorgesehen. Die unterschiedlichen Schwerpunktbereiche werde ich gleich noch verdeutlichen. Für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen sind 1,6 Mio. Euro vorgesehen. Beim Erwerb von Finanzanlagen handelt es sich im wesentlichen um die notwendige Kapitalzuführung an die Technischen Betriebe AöR.



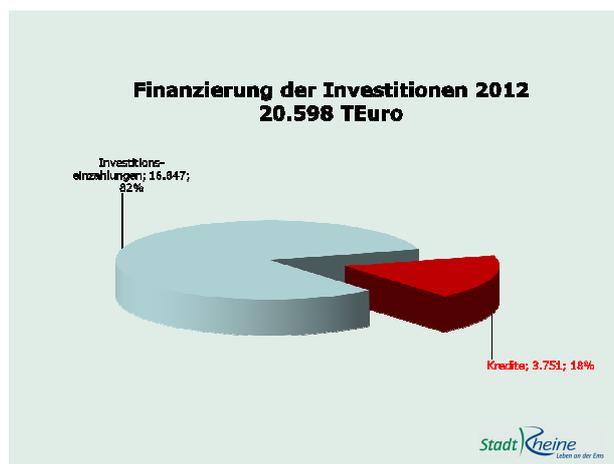
Die Investitionsschwerpunkte lagen in den letzten Jahren im Gebäudemanagement und betrafen verschiedene Schulerweiterungsmaßnahmen. 2012 und 2013 bestehen besondere Schwerpunkte im notwendigen Grunderwerb zur Umsetzung des Konzeptes zur künftigen Gewerbe- / Industrieflächenentwicklung und -vermarktung sowie für einen Standort eines neuen Feuerwehrgerätehauses rechts der Ems. Erst ab 2013 wird die Verkehrsinfrastruktur wieder einen besonderen Schwerpunkt bilden. Frau Dr. Kordfelder hat die wichtigsten Investitionsmaßnahmen eben bereits vorgestellt. Mir ist aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass das IHK Dorenkamp auch im Investitionsplan berücksichtigt wurde.



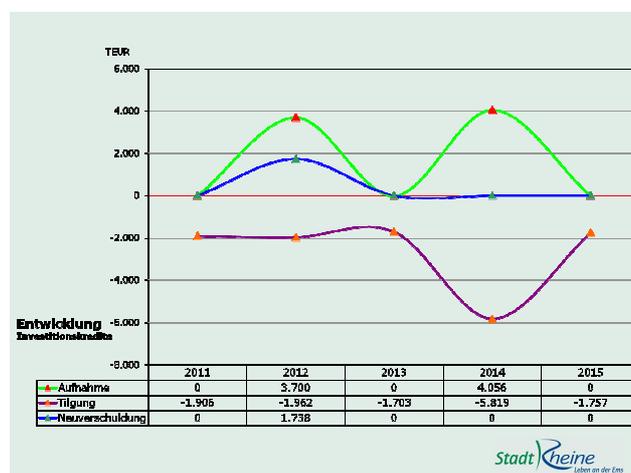
Ich habe Ihnen hier dargestellt, wie die Mitteleinplanung sich auf die verschiedenen Jahre darstellt. Sie entspricht ebenfalls der für heute vorgesehenen Beschlussfassung zu diesem Projekt.



Kommen wir nun zu den Investitionseinzahlungen. Mit 7,4 Mio. Euro oder 43,8 % fallen die Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen deutlich ins Gewicht. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden 2,6 Mio. Euro oder 15,7 % erwartet, hauptsächlich durch den Verkauf von Wohnbau- und Gewerbegrundstücken. Mit 5,5 Mio. Euro sind Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen vorgesehen. Diese sind hauptsächlich auf Tilgungsleistungen aus dem Trägerdarlehen an die AÖR Technische Betriebe zurückzuführen. Aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten werden 1,2 Mio. Euro erwartet. Sonstige Investitionseinzahlungen sind in Höhe von 110 TEuro veranschlagt.



Die Investitionseinzahlungen reichen zur Finanzierung der Investitionsauszahlungen nicht aus. 2012 ist daher die Aufnahme eines Investitionskredites in Höhe von 3,7 Mio. Euro erforderlich.



Damit kann 2012 die Zielsetzung Abbau der Verschuldung bzw. keine Netto-Neuverschuldung nicht eingehalten werden.



Durch die andauernde defizitäre Situation im Ergebnisplan wird sich die Liquiditätslage der Stadt weiter verschärfen. Es werden in zunehmendem Maße – und voraussichtlich auf längere Dauer – Liquiditätskredite in erheblicher Größenordnung notwendig sein, um die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu sichern.

Im Planungszeitraum werden wir nach heutigem Erkenntnisstand einen kurzfristigen Liquiditätskredit bis zu einer Größenordnung von 23 Mio. Euro benötigen.



Diese Entwicklung treibt die Gesamtverschuldung der Stadt trotz abbauender Verschuldung für Investitionskredite in die Höhe.

Erlauben Sie mir abschließend einen Blick auf sich abzeichnende Entwicklungen, die die finanzielle Lage der Kommunen in Zukunft wahrscheinlich noch weiter verschärfen werden.

Die Staatsschuldenkrise erreicht fast täglich neue Dimensionen. Nachdem zuletzt vor allem Griechenland und Italien für erhebliche Verwerfungen an den Märkten sorgten, rücken nach und nach immer mehr Länder in das Krisenzentrum. Zuletzt erreichte die europäische Staatsschuldenkrise sogar deutsche Anleihen.

Auch zum Ende dieses Jahres hält die Staatsschuldenkrise der Europäischen Wirtschaftsunion (EWU) die Kapitalmärkte in Atem. Eine tragfähige Lösung ist bislang nicht in Sicht. Durch die Ausweitung der Krise auf Italien ist die Suche danach noch schwieriger geworden. Die anvisierte Hebelung der EFSF (Europäische Finanz-Stabilisierungs-Fazilität) würde nicht ausreichen, falls sich Italien nicht mehr aus eigener Kraft refinanzieren könnte. Insofern dürfte die Risikoverion vieler Investoren vorerst groß bleiben. Zunehmend ist die Staatsschuldenkrise aber auch zur Belastung für die Konjunktur geworden. Das glo-

bale Wachstum dürfte sich 2012 auf 3,2 % verlangsamen (nach voraussichtlich 3,6 % in diesem und 4,9 % im vergangenen Jahr). Damit befände sich die Weltwirtschaft in einem deutlichen Abschwung. Unseres Erachtens überwiegen die Risiken einer ungünstigeren Entwicklung – d.h. globale Rezession – deutlich die Chancen, dass es besser kommen könnte.

Neben dieser drohenden Staatsfinanzierungskrise ist bei den Kommunen eine Finanzierungskrise bereits deutlich realistischer geworden. So wurde jüngst einer Stadt in unserem Kreis von einer Bank ein Kredit verweigert. Dies geschah nach Angaben der Bank, weil die Stadt kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept hat. Zitat des Vorstandes der Bank: „Ich denke, jeder wird zu Hause, wenn er mit seiner Haushaltskasse umgeht, sehen, dass er nur das ausgeben kann, was er einnimmt. Und dieses Prinzip sollte letztendlich auch für die öffentlichen Haushalte gelten“. Dies ist kein Einzelfall, in dem die Kreditvergabe an Kommunen eingeschränkt wird. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat im August dieses Jahres den maximalen Gesamtkreditbetrag für Kommunen auf 750 Euro pro Einwohner begrenzt. „Mit der Steuerung soll unter anderem gewährleistet werden, dass der KfW-Anteil an der Gesamtverschuldung einer Kommune verhältnismäßig bleibt“, so eine Sprecherin der KfW. Die Regelung ist der zweite Anlauf der KfW. Ein erster Versuch war am Widerstand des KfW-Verwaltungsrates gescheitert. Damals war vorgeschlagen worden, Darlehen an die Pro-Kopf-Verschuldung und das Steueraufkommen einer Gemeinde zu koppeln.

Auch wenn wir als Stadt Rheine dies augenblicklich noch nicht direkt spüren, auf den Kreditmärkten sind bereits die ersten Auswirkungen zu spüren. Denn bei Ausschreibungen von Kreditbedarf durch andere Kommunen zeigt sich in den letzten Monaten, dass sich der Kreis der anbietenden Kreditinstitute insbesondere bei langfristigen Krediten mit Zinsbindung und bei Liquiditätskrediten verengt hat. Die Kreditinstitute sind dazu übergegangen, über Limits das Kommunalengagement zu steuern, um „Klumpenrisiken“ zu vermeiden.

Grund für den Rückzug der Banken sind allerdings nicht die Furcht vor einem Zahlungsausfall der Kommunen, so ein Sprecher vom Bankenverband öffentlicher Banken (VÖB). Was die Banken zu neuen Überlegungen zwingt, ist der neue regulatorische Rahmen mit Basel III. Danach sollen in Zukunft auch für Kommunalkredite Eigenkapitalrücklagen gebildet werden. Kommunalkredite dürfen nicht mehr wie bisher mit dem Wert Null bewertet werden. Allgemein wird von kommunaler Seite damit gerechnet, dass es aufgrund dieser Neuregelungen in absehbarer Zeit zu einer Verknappung und Verteuerung von Kommunalkrediten kommt.

Das Ende der kommunalen Finanzkrise ist noch längst nicht in Sicht. Tun wir weiterhin gemeinsam alles, um die Handlungsfreiheit und –fähigkeit unserer Stadt zu erhalten.

Abschließend ist es mir ein besonderes Anliegen, mich bei allen Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen und bei Herrn Wullkotte mit seinem Team für die Unterstützung zur Aufstellung des Haushaltsentwurfs ganz herzlich zu bedanken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen gute und erfolgreiche Beratungen.